



Arbeitsgemeinschaft der
Jugendverbände in
Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 18.02.2014
Mail: info@ljr-nrw.de
Telefon: 02 11/49 76 66-0
www.ljr-nrw.de

**Beschluss des Hauptausschusses
Landesjugendring NRW vom 18.02.2014
TOP 08: Partizipation junger Menschen in Jugendverbänden und Kommunen**

Partizipation junger Menschen in Jugendverbänden und Kommunen

Einmischende Jugendpolitik wird im Moment von Politik und Jugendverbänden gemeinsam entwickelt. Wir sind auf dem Entwicklungsweg zu einer gelingenden Beteiligung. Der Landesjugendring fordert mit lauter Stimme stärkere Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Im kommunalpolitischen Raum wird immer häufiger mit der Einrichtung von Jugendparlamenten auf das Bedürfnis nach einmischender Jugendpolitik reagiert.

Als Gründe für die Einrichtung von Jugendparlamenten werden häufig genannt:

- stärkere Einbindung von Jugendlichen in Entscheidungsprozesse der Kommune,
- Abbau von negativen Einstellungen gegenüber der Politik, bzw. Abbau von Politikverdrossenheit,
- Förderung sozialer Verantwortung junger Menschen und damit ein Beitrag zur Zukunftssicherung kommunalen Handelns,
- Jugendparlamente als „Talentschmieden“ für Parlamente und Parteien mit Nachwuchssorgen,
- Jugendparlamente als Image- und Prestigeobjekte einer Kommune.

Ein Jugendparlament kann ein Baustein zum Gelingen einer einmischenden Jugendpolitik sein, jedoch befürwortet der Landesjugendring die Einrichtung von Jugendparlamenten nur dann, wenn in diesen reale Beteiligung von Jugendlichen sichergestellt wird.

Dies bedeutet, sich an den Wünschen und Interessen der Jugendlichen und nicht an den Vorstellungen von Politik und Verwaltung zu orientieren.

Bislang existierende Jugendparlamente sind in ihrer Verschiedenheit nicht zu verallgemeinern und zu vergleichen, daher braucht es aus Sicht der Jugendverbände Qualitätsstandards.

Als qualitative Mindestvoraussetzungen für Jugendparlamente oder andere kommunale Beteiligungsformen fordert der Landesjugendring NRW:

- eine Partizipation, die emanzipiert und nicht befriedet und die ehrlich gewollt ist,
 - echte Gestaltungsmöglichkeiten in transparenten und vereinbarten Rahmenbedingungen und eine angemessene finanzielle Ausstattung,
 - die Repräsentanz vieler / möglichst aller Milieus,
-

- die Beachtung jugendkultureller Ausdrucksformen und Präferenzen,
- die Beachtung der entwicklungsbedingten Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen,
- die Begleitung durch (hauptberufliche) Partizipationsfachkräfte,
- Anbindung an Jugendringe oder in Städten oder Kreisen ohne Jugendringe an Träger mit Erfahrung in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Der Landesjugendring lehnt eine Funktionalisierung von Schüler/innenvertretungen zu „automatischen“ Jugendvertretungen ab.

Im Sinne des Beschlusses der Vollversammlung im Oktober 2013 fordert der Landesjugendring Jugendparlamente, die sich unabhängig von Politik und Verwaltung organisieren. Die kommunalen Jugendringe sind der richtige Akteur vor Ort, um junge Menschen aus Verbänden und anderen jugendlichen Zielgruppen ein Forum zu bieten und um ein Konzept für ein Jugendparlament zu entwickeln.

Jugendparlamente können längerfristig nur funktionieren, wenn sie glaubwürdig sind. Glaubwürdigkeit wird durch zwei Faktoren sichergestellt:

1. Wirksamkeit des Gremiums:

Das Jugendparlament muss mit Rechten und finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit nicht nur debattiert, sondern auch agiert werden kann. Beratender Sitz und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss, sichergestellt durch dessen Satzung, bzw. eigene Finanzhoheit in einem vorgegebenen Rahmen kann ein Weg dazu sein.

Keineswegs darf ein Jugendparlament zu einer Institution „von Gnaden des Rates“ oder als „Spielplatz zum Austoben ohne Rechte“ und als Alibi in Sachen einmischender Jugendpolitik werden!

2. Legitimation und Partizipation

Das Jugendparlament muss breit aufgestellt sein, damit sich die verschiedenen Zielgruppen und Milieus wiederfinden können und eine Kontinuität der Arbeit sichergestellt ist. Die Besetzung des Parlaments und die demokratische Legitimation müssen nachvollziehbar sein.

Jugendparlamente dürfen nicht die politische Spielwiese für einige wenige engagierte junge Menschen sein, die andere außen vor lassen, sondern müssen sich öffnen und einladen, mitzumischen.